Doch Herr Rubelt, …

… es hat was mit ihrer Arbeit als Beigeordneter zu tun! Im Interview mit der Zeitung „Ostdeutsche Allgemeine“ am 03.11.2026 (Fassung von 6:00 Uhr) antworten sie auf die Frage: Was wirft man Ihnen eigentlich vor – Fehler im Amt? *„Es ist nichts, was mit meiner Arbeit zu tun hat. Das hat auch niemand behauptet. Es ist eine politische Kampagne.“*

Ist das schon Trumpismus oder nur eine verschobene Wahrnehmung der Realität? Letzteres wird deutlich bei der Aussage: *„Beobachtet wurde ich nur in ausgewählten Fällen. Das macht für mich den Kampagnencharakter aus. Es ist wirklich eine Art von Gesinnungsschnüffelei.“*

Es soll Gesinnungsschnüffelei sein, wenn man Sie als öffentliche Person und Wahlbeamter der LHP „in ausgewählten Fällen“ beobachtet? Sie haben keine Ahnung, was wirklich Beobachtung, Bespitzelung und Schnüffelei ist, und wie diese sich auf Ihre Person auswirken würde. Fragen Sie mal Menschen, die solche Zeiten erlebt haben oder besuchen Sie mal die Gedenkstätte in der Lindenstraße.

Das einzig Interessante an dem Interview ist, dass Sie sich keine Potsdamer Tageszeitung, sondern erneut die „Ostdeutsche Allgemeine“ ausgesucht haben, um sich als Opfer einer

medialen Kampagne zu produzieren, wie schon am 25.09.2026. Der Journalist Matthias Meisner hat sich für den Tagesspiegel, den Volksverpetzerblog und die Deutschen Blätter für internationale Politik ausführlich mit den Medienprojekten von Holger Friedrich beschäftigt und kommt dabei zu klaren Einschätzungen. Er zieht Parallelen zwischen der Ostdeutschen Allgemeinen und dem rechtspopulistischen Portal Nius. *„Er schreibt, beide betrieben die gleiche Propaganda und hätten zum Beispiel eine große Übereinstimmung bei der Auswahl ihrer Autoren und Interviewpartner, welche dem rechten Rand des*

politischen Spektrums zuzuordnen seien.“

Meinen Sie wirklich, dass wir, als Rechercheplattform „Stadt für Alle“ mit PNN und MAZ unter einer Kampagnendecke stecken? Aufschlussreich ist auch die Idee, die Zeitachse sowie Ursache und Wirkung zu verdrehen. Ebenso der Versuch, die Debatte um Ihre Person auf den „einmaligen Besuch“ einer Veranstaltung von Leugnern des Klimawandels zurückzuführen.

Wiese erwähnen Sie nicht, dass bereits im November 2025 in Folge Ihrer Teilnahme an der Tellkamp-Lesung in Marquardt die Oberbürgermeisterin Sie darauf hinwies, dass Sie als kommunaler Wahlbeamter die LHP auch außerhalb des engeren dienstlichen Rahmens repräsentieren. Sind Sie beratungsresistent, denn bei der Buchvorstellung im April 2026 mit dem Publizisten Mathias Brodkorb, waren sich auch. Die Veranstaltung wurde ebenfalls vom Verein Ihrer Frau organisiert und unter anderem von der CDU-Bundestagsabgeordneten Saskia Ludwig beworben. Brodkorbs Buch zum Verfassungsschutz wurde beim rechtsradikalen Compact-Magazin als *„fulminante Abrechnung mit dem Inlandsgeheimdienst“* gelobt. Mathias Brodkorb selbst wurde vom Neuen Deutschland als „Relativierer der AfD“ wahrgenommen.

Drei Veranstaltungen im Kontext des rechten Kultur- und Meinungskampfes, bei denen zu erwarten wäre, dass sich ein Wahlbeamter und Beigeordneter, also ein Repräsentant der LHP (ggf. auch erst im Nachgang) kritisch über die Inhalte äußert, um nicht den Eindruck bestehen zu lassen, dass er mit den jeweiligen Thesen und Inhalten einhergeht.

Wieso erwähnen Sie nicht, dass sie dem Lernort Garnisonkirche bereits am 20.08.2026 mit Unterlassungsklage gedroht haben, als dieser sehr wohl Ihre dienstliche Arbeit hinterfragte? Wieso erwähnen Sie nicht, dass die Anwältin Constanze Krüger ihre Argumentationskette in diesem Fall rechtlich hinterfragt bzw. als fehlerhaft offengelegt hat? Siehe dazu den Brief der Kanzlei „VON TROTT ZU SOLZ LAMMEK“ an die OBM vom 06.10.2026

(https://potsdam-stadtfueralle.de/2026/10/30/anwaltspost-an-die-oberbuergermeisterin/). Wieso erwähnen Sie nicht, dass Ihre Unterlassungsklage gegen den Lernort Garnisonkirche im Sande verlaufen ist? Wir schlussfolgern daraus, dass an den Vorwürfen des Lernortes etwas dran ist.

Der Lernort Garnisonkirche warf Ihnen nach der SVV-Sitzung am 01.07.2026 vor, die Stadtverordneten durch irreführende, zum Teil falsche Informationen zu Rechtsfragen verunsichert und unabhängige rechtliche Beratung verhindert zu haben. Zudem meint der Lernort, dass Sie durch fehlende Beratungszeit Kritik und demokratische Meinungsbildungsprozesse behindert und Stadtverordnete dazu gebracht, auf bestehende Rechte der Stadt zu Gunsten der Garnisonkirche zu verzichten.

Wieso erwähnen Sie nicht, dass Sie bereits 2019 Die Stadtverordneten mit einer fehlerhaften und irreführenden Begründung zur Beschlussvorlage zum neuen KreativQuartier (Vorlage – 19/SVV/0342) im Stimmverhalten beeinflusst haben? Wir berichteten darüber in https://potsdam-stadtfueralle.de/2019/03/27/der-ob-taeuscht-die-stadtverordneten/

Hier die Zusammenfassung des damaligen Vorgangs: Sitzung der Lenkungsgruppe KreativQuartier am 28.02.2019; im Protokoll wird vermerkt: *„Seitens einzelner Vertreter/innen der KKW wird ausgeführt, dass sie der Beschlussvorlage 19/SVV/0342 nicht zustimmen können. Grund ist der dargestellte Mietpreis…“.* Vor allem die RZ-Vertreterinnen haben dagegen votiert; den Abgeordneten wurde aber in der März-Sitzung eine irreführende Beschlussvorlage vorgelegt, in deren Begründung steht: *„Die Mitglieder der Lenkungsgruppe haben am 28.02.2019 die Eckpunkte der weiteren Entwicklung des KreativQuartiers und das weitere Verfahren bestätigt.“* Das ist etwas völlig anderes als *„können nicht zustimmen“*. Der Antrag wird daraufhin am 08.05.2019 in der SVV beschlossen.

Für uns als Blog war die Auseinandersetzung um den RZ-

Beschluss vom 01.07.2026 ein wiederholter Anlass, Ihr Verhalten zu dokumentieren und offen zu legen. Das nennen wir Meinungs- und Pressefreiheit sowie ein Beitrag zur Transparenz. Mit der Teilnahme an der Klimaleugner-Veranstaltung der „Bürgergemeinschaft für gesundes und selbstbestimmtes Leben e. V.“ haben Sie nur einen weiteren Anlass für die Frage geliefert, ob sie noch tragbar sind für das Amt des Beigeordneten.

Wir meinen NEIN.